



Ausgabe August 2026

SVP konkret

Mitteilungsblatt der SVP des Kantons Luzern | www.svp-lu.ch

SOMMERLOCH ODER WAHLKAMPFVERSPRECHEN?

Der Sommer gilt in der Politik traditionell als Zeit der Ruhe. Das sogenannte Sommerloch soll jene Wochen beschreiben, in denen wenig passiert und selbst kleine Meldungen zu grossen Schlagzeilen werden. Doch wer die politische Entwicklung in den letzten Wochen verfolgt hat, stellt fest: Von einem Sommerloch kann kaum die Rede sein. Eher scheint der Wahlkampf bereits begonnen zu haben.

Plötzlich entdecken Parteien Probleme, die sie jahrelang bestritten haben. Kaum ist die Abstimmung über die 10-Millionen-Schweiz vorbei, sprechen FDP und Mitte von den Folgen der starken Zuwanderung und kennen die Lösungen.

Auch in der Energiepolitik zeigen sich grosse Widersprüche. Während in Bern die Weichen für eine sichere Stromversorgung mit neuen Kernkraftwerken gestellt werden, setzt Luzern auf mehr Elektrifizierung, mehr Verbote. Doch wer immer mehr Stromverbrauch fordert, muss auch erklären können, woher dieser Strom künftig kommen soll.

Fragen stellen sich ebenso bei der Einführung der staatlichen E-ID. Sicherheitsbedenken verzögern den Start und trotzdem wird bereits darüber diskutiert, die Kosten über den Bund und damit über die Steuerzahler zu finanzieren. Freiwilligkeit darf jedoch nicht bedeuten, dass am Ende alle bezahlen müssen.

Schliesslich zeigt auch die Diskussion um die Engpässe beim Justizvollzug exemplarisch, wie Politik oft Symptome statt Ursachen bekämpft. Bevor Millionen in neue Auffangbecken und Therapieplätze investiert werden, braucht es Ehrlichkeit bei der Analyse der Kriminalität und den Mut, die eigentlichen Probleme anzugehen. Diese Ausgabe des SVPkonkret zeigt: Das Sommerloch ist bestens gefüllt mit politischen Kehrtwenden, fragwürdigen Verspre-



chen und alten Ideen in neuer Verpackung. Die SVP lässt sich davon nicht blenden. Sie spricht Probleme an, bevor sie zum Wahlkampfthema werden, und setzt sich weiterhin für eine Politik ein, die Verantwortung übernimmt, Sicherheit schafft und den Steuerzahler ernst nimmt.

red. ●

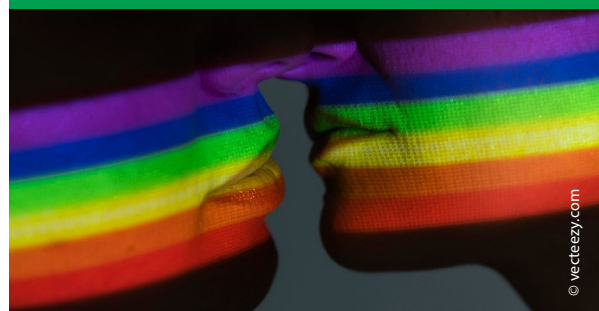
**SP LUZERN FORDERT MEHR GELD
FÜR VERURTEILTE AUSLÄNDER**



**LUZERNER PARTEIEN
ENTDECKEN DIE ZUWANDERUNG**



**EINZUG DER LGBTQIA+
IN DER STADT LUZERN?**



DIE FDP GEHT DER WIRTSCHAFT AN DEN KRAGEN

Während das bürgerliche Parlament in Bern den Weg für neue Kernkraftwerke wieder öffnen will, setzt der Luzerner Regierungsrat auf immer mehr Elektrifizierung und immer mehr Verbote. Baudirektor Fabian Peter, FDP, will mit der Revision des kantonalen Energiegesetzes Öl und Gas weiter aus dem Gebäudereich verdrängen und Hauseigentümer zu neuen Heizsystemen drängen.

Der Widerspruch könnte kaum grösser sein. In Bundesbern ist die Erkenntnis gereift, dass der künftige Strombedarf mit Sonne und Wind allein nicht gedeckt werden kann. Elektromobilität, Wärmepumpen, Digitalisierung und das starke Bevölkerungswachstum lassen den Stromverbrauch laufend steigen. Genau deshalb haben National- und Ständerat den Grundsatzentscheid gefällt, den Bau neuer Kernkraftwerke wieder zu ermöglichen.

In Luzern scheint diese Realität noch nicht angekommen zu sein. Hier werden Hauseigentümer und Unternehmen mit neuen Vorschriften belastet, obwohl niemand schlüssig erklären kann, woher der zusätzliche Strom künftig kommen soll. Besonders betroffen sind KMU, Familienunternehmen und das Gewerbe. Sie kämpfen bereits heute mit steigenden Energiepreisen, höheren Lohnkosten und immer mehr Bürokratie. Zusätzliche staatliche Vorschriften bedeuten weitere Investitionen von teilweise mehreren zehntausend Franken. Funktionieren-



de Heizsysteme werden politisch verdrängt, obwohl sie technisch einwandfrei funktionieren.

Eine verantwortungsvolle Energiepolitik sorgt zuerst für eine sichere Versorgung und erst danach für neue Verbote. Wer immer mehr Stromverbrauch fordert, muss zuerst dafür sorgen, dass dieser Strom auch zuverlässig produziert werden kann. Alles andere ist Symbolpolitik auf Kosten der Bevölkerung und des Wirtschaftsstandorts Luzern. red. ●

E-ID: FREIWILLIG FÜR DEN BÜRGER, BEZAHLT VOM STEUERZAHLER?

Die Einführung der staatlichen E-ID verzögert sich. Der Grund sind Sicherheitsbedenken. Gerade bei einem digitalen Identitätsnachweis ist das nachvollziehbar. Identitätsdiebstahl, Deepfakes und künstliche Intelligenz erhöhen die Risiken. Es ist deshalb richtig, dass der Bund die Sicherheit höher gewichtet als einen überstürzten Start. Wenigstens funktionieren hier die Sicherheitsmechanismen noch.

Bereits die Abstimmung über die E-ID und ihre Einführung waren politisch umstritten. Viele Bürger äusserten Bedenken hinsichtlich Datenschutz, Datensicherheit und der schrittweisen Digitalisierung staatlicher Dienstleistungen. Die jüngsten Aussagen des grünen Nationalrats Gerhard Andrey dürften dieses Misstrauen kaum abbauen, sondern vielmehr noch befeuern.

Weil die E-ID vorerst über die Passbüros ausgestellt werden soll, könnten für die Identitätsprüfung Gebühren anfallen. Dabei wurde den Stimmbürgern im Abstimmungskampf vermittelt, die E-ID könne kostenlos bezogen werden. Nun fordert der grüne Nationalrat Gerhard Andrey, der Bund solle diese Gebühren übernehmen. Gleichzeitig erklärte er sinngemäss, entscheidend seien nicht die Kosten oder der Weg zum Erwerb der E-ID. Wichtig sei vielmehr, dass möglichst viele Menschen sie möglichst rasch beziehen.

Diese Haltung wirft Fragen auf. Warum wird Quantität wichtiger als Qualität? Wenn der Bund die Einführung aus Sicherheitsgründen verschiebt, sollte eine sichere Umsetzung Vorrang haben und nicht möglichst hohe Bezugszahlen.

Ebenso fragwürdig ist die Forderung nach einer Finanzierung durch den Bund. Scheinbar haben selbst namhafte Politiker noch immer nicht verstanden, dass Bundesgelder nichts anderes sind als Steuergelder. Jeder Franken, den der Bund ausgibt, stammt letztlich aus den Taschen der Bürgerinnen und Bürger. Würde der Bund die Gebühren übernehmen, müssten auch jene bezahlen, die bewusst keine E-ID wollen oder sie nie nutzen werden. Die E-ID wurde als freiwilliges und kostenloses Angebot verkauft. Davon sind wir weit entfernt! red. ●



BLINDFLUG IM STRAFVOLLZUG: DER STAAT PLANT AUFFANGBECKEN STATT URSACHEN ZU BEKÄMPFEN

Die SP Luzern will den Justizvollzug ausbauen und dafür mehr Steuergeld einsetzen. Doch bevor Millionen in neue Haftplätze fliessen, muss eine grundsätzliche Frage beantwortet werden: Warum sind unsere Gefängnisse überhaupt voll? Für die SVP ist klar: Wer den Justizvollzug ausbaut, bekämpft die Folgen, nicht die Ursachen. Ziel muss sein, dass weniger Straftaten begangen werden und damit auch weniger Menschen im Gefängnis landen.

SVP-Kantonsrat Mario Bucher verlangte mit einer Anfrage Auskunft über die Zusammensetzung der Insassen im Luzerner Strafvollzug. Die Antwort des Regierungsrates zeigt, dass im Strafvollzug des Konkordats Nordwest- und Innerschweiz rund 72 Prozent der eingewiesenen Personen ausländische Staatsangehörige sind. Gleichzeitig führt der Kanton keine detaillierten Auswertungen zur Nationalität der Insassen und unterscheidet auch nicht zwischen gebürtigen und eingebürgerten Schweizern. Für den Regierungsrat gilt der Grundsatz: Einmal Schweizer, immer Schweizer.

Ebenso fehlen Statistiken darüber, ob sich Nationalitäten oder Aufenthaltsstatus bei Gewalt- und Sexualdelikten, schweren Körperverletzungen oder Delikten mit hoher Rückfallquote unterscheiden. Für die SVP ist klar: Nur wer weiss, wer Straftaten begeht und wo Risiken bestehen, kann wirksame Massnahmen ergreifen. Eine Sicherheitspolitik ohne vollständige Datengrundlage bleibt ein Blindflug.

Mario, was hat dich dazu bewogen, diese Anfrage einzureichen?

Ein wichtiger Auslöser war das Buch «Schattenseiten der Migration» von Frank Urbaniok. Es greift Fragen auf, die viele Menschen beschäftigen, in der Politik aber oft gemieden werden. Dabei musste ich auch an Tilo Sarrazins Buch «Deutschland schafft sich ab» denken. Liest man es heute, wirkt vieles erschreckend aktuell.

Ich möchte nicht, dass die Schweiz oder Luzern dieselben Fehler macht wie andere europäische Länder, in denen Sicherheitsprobleme, Parallelgesellschaften und Integrationsprobleme über Jahre verharmlost wurden. Mir geht es darum, unsere Heimat und die Sicherheit der Bevölkerung ernst zu nehmen. Die Menschen haben ein Recht darauf, sich sicher zu fühlen und darauf zu vertrauen, dass die Politik Risiken frühzeitig erkennt und handelt.



Mario Bucher, Kantonsrat SVP Kanton Luzern, zu seiner Anfrage an den Regierungsrat.



Welche Erkenntnisse hast du aus der Antwort des Regierungsrates gewonnen? Hat dich etwas besonders überrascht oder haben sich deine Vermutungen bestätigt?

Meine Befürchtungen haben sich leider bestätigt. Der Regierungsrat hält fest, dass rund 72 Prozent der Personen im Strafvollzug ausländische Staatsangehörige sind. Gleichzeitig verzichtet er darauf, detaillierte Statistiken zu führen. Das ist widersprüchlich. Wie sollen Probleme gelöst werden, wenn man die Fakten gar nicht vollständig erhebt? Die Prägung eines Menschen lässt sich nicht einfach ausblenden. Ich möchte nicht, dass sich in Luzern antiwestliche oder antidemokratische Wertvorstellungen ausbreiten. Gerade hier zeigt sich die Diskrepanz zwischen den Worten und der Politik der Linken.

Der Regierungsrat unterscheidet nicht zwischen gebürtigen und eingebürgerten Schweizern und führt dazu auch keine Statistiken. Wie beurteilst du diese Haltung?

Wir erleben eine Politik, die oft lieber moralisiert als analysiert. Wer jede Diskussion über Integration oder Herkunft tabuisiert, verhindert eine ehrliche Debatte. Die Menschen haben genug von politischer Korrektheit und Schönfärberei. Politik muss sich an der Realität orientieren und nicht an ideologischen

Wunschvorstellungen. Dass die SVP immer mehr Zuspruch erhält, überrascht mich deshalb nicht. Viele andere Parteien tragen mit ihrer Realitätsverweigerung selbst zu dieser Entwicklung bei.

Die SP Luzern fordert zusätzliche Investitionen in den Justizvollzug. Was sagst du zu dieser Forderung?

Die Forderung der SP greift zu kurz. Allerdings tragen nicht nur die SP, sondern auch Mitte und FDP Verantwortung für Entwicklungen, die den Sicherheitsbereich heute stark belasten.

Immer neue Gefängnisse zu bauen und noch mehr Steuergeld auszugeben, bekämpft lediglich die Symptome. Wir müssen endlich die Ursachen angehen mit einer glaubwürdigen Strafverfolgung und klaren Konsequenzen für Straftäter! Wer unser Gastrecht missbraucht und schwere Straftaten begeht, hat sein Aufenthaltsrecht verwirkt! Und zwar vor Haftantritt!

Die Bevölkerung erwartet Lösungen statt ideologischer Debatten. Die Mittel, die heute für ausländische Straftäter aufgewendet werden, wären in Schulen, Pflege, Infrastruktur oder die Ausbildung von Lehrpersonen und Pflegefachkräften besser investiert als in den ständigen Ausbau von Polizei und Strafvollzug.

red. ●

STARKE WURZELN TRAGEN EINE STARKE SCHWEIZ

Bei strahlendem Sommerwetter feierte die SVP Kanton Luzern am 1. August mit zahlreichen Besucherinnen und Besuchern die traditionelle Bundesfeier in Rothenburg. Musikalisch umrahmt von der Jugendkapelle Edelweiss Emmen und begleitet von restaurierten Oldtimer Traktoren stand der Anlass ganz im Zeichen der Schweiz und ihrer Werte.

SVP Schweiz Präsident Marcel Dettling verglich die Schweiz mit einem starken Baum: «Nur Bäume mit starken Wurzeln überleben Stürme. Und ich kenne momentan keinen stärkeren Baum als die Schweiz.» Während andere Länder ihren Nationalfeiertag mit grossen Militärparaden oder Staatsfeiern begehen, feiere die Schweiz ihren Geburtstag auf Bauernhöfen, Dorfplätzen und in den Gemeinden. Gerade diese Bescheidenheit mache ihre Stärke aus.

Kantonsratspräsidentin Angela Lüthold erinnerte daran, dass Freiheit, Sicherheit und direkte Demokratie täglich gepflegt werden müssen. Demokratie sei kein Zuschauersport, sondern lebe davon, dass Bürgerinnen und Bürger Verantwortung übernehmen und sich aktiv für das Gemeinwesen einsetzen.

Einen eindrücklichen Schlusspunkt setzte Vivienne Huber von der Jungen SVP Aargau. Mit den Worten «Die Bäume wachsen nicht wegen den Früchten, sondern die Früchte entstehen durch starke Wurzeln» rief sie dazu auf, die Werte und das Fundament unseres Landes zu bewahren.

Die grosse Beteiligung und die ausgezeichnete Stimmung zeigten, dass der Nationalfeiertag weit mehr ist als ein Feiertag. Starke Wurzeln tragen starke Bäume und starke Wurzeln tragen auch eine starke Schweiz.

red. ●



Die traditionelle Bundesfeier mit grosser Beteiligung und ausgezeichneter Stimmung



SVP Schweiz Präsident
Marcel Dettling



Kantonsratspräsidentin
Angela Lüthold



Junge SVP Aargau
Vivienne Huber

DAMIAN MÜLLER UND KARIN STADELMANN ENTDECKEN DIE ZUWANDERUNG

Es gibt politische Kehrtwenden, die überraschen. Und es gibt solche, die wirken erstaunlich gut auf den Wahlkalender abgestimmt. Noch während des Abstimmungskampfes über die 10-Millionen-Schweiz stellten sich FDP und Mitte entschieden gegen eine Begrenzung der Zuwanderung. FDP-Ständerat Damian Müller warnte vor den Folgen für den bilateralen Weg und den Wirtschaftsstandort. Auch die Mitte bekämpfte die Vorlage und wollte von einer grundlegenden Kurskorrektur nichts wissen.

Keine 24 Stunden nach dem Volksentscheid klangen die Töne plötzlich anders. Damian Müller erklärte, die Auswirkungen der starken Zuwanderung müssten ernst genommen werden. Fast zeitgleich kündigte die Luzerner Mitte-Präsidentin Karin Stadelmann kantonale Lösungen für das Bevölkerungswachstum an. Wenige Wochen später fordert auch FDP-Kantonsrat Ruedi Amrein mit einer Motion eine grundlegende Neuausrichtung der Asylpolitik. Die Frage drängt sich auf: Weshalb erst jetzt? Weshalb wurden genau diese Probleme während des Abstimmungskampfes heruntergespielt? Und weshalb erfolgt dieser Kurswechsel ausgerechnet wenige Monate vor den Wahlen? Wohnungsknappheit, steigende Mieten, überfüllte Strassen, volle Züge sowie der

zunehmende Druck auf Schulen, Spitäler und die öffentliche Infrastruktur sind keine neuen Entwicklungen. Diese Probleme beschäftigen die Bevölkerung seit Jahren. Genauso lange weist die SVP darauf hin, dass eine unkontrollierte Zuwanderung und eine fehlgeleitete Asylpolitik nicht ohne Folgen bleiben. Ebenso lange wurden diese Warnungen von FDP und Mitte als übertrieben oder unnötig zurückgewiesen.

Bemerkenswert ist zudem, dass weder Damian Müller, Karin Stadelmann noch Ruedi Amrein tatsächlich neue Lösungen präsentieren. Mehr Infrastruktur, Entlastung der Gemeinden, konsequentere Asylverfahren und eine wirksame Rückkehrpolitik gehören seit Jahren zu den Forderungen der SVP. Es ist alter Wein in neuen Schläuchen. Neu ist nicht der Inhalt, sondern lediglich, wer ihn heute anscheinend vertritt.

Selbstverständlich darf sich jede Partei weiterentwickeln. Glaubwürdig wird ein solcher Kurswechsel jedoch erst, wenn er aus Überzeugung erfolgt und nicht erst dann, wenn eine Volksabstimmung vorbei ist und der Wahlkampf vor der Tür steht. Die Bevölkerung wird genau beobachten, ob den neuen Worten auch Taten folgen. Wer gestern noch jede wirksame Begrenzung der Zuwanderung bekämpfte und heute dieselben Probleme beschreibt wie die SVP, muss erklären, weshalb diese Einsicht nicht schon vor der Abstimmung vorhanden war.

red. ●

REGENBOGENSTADT LUZERN: HAT DER STADTRAT KEINE WICHTIGEREN SORGEN?

Luzern ist neu «Regenbogenstadt». Der Stadtrat feiert den Beitritt zu einem internationalen Netzwerk und setzt damit einmal mehr ein politisches Symbol. Die entscheidende Frage lautet jedoch: Braucht Luzern wirklich ein neues Label oder braucht die Stadt endlich Lösungen für ihre tatsächlichen Probleme?



Die Menschen sorgen sich um steigende Wohnkosten, zunehmende Unsicherheit, den wachsenden Verwaltungsapparat und immer höhere Ausgaben. Statt diese Herausforderungen entschlossen anzupacken, beschäftigt sich der Stadtrat mit Symbolpolitik. Jeder Mensch verdient Respekt und die gleichen Rechte. Darüber gibt es nichts zu diskutieren. Deshalb braucht es aber keine Politik, die einzelne Gruppen besonders hervorhebt. Der Staat hat alle Menschen gleich zu behandeln und nicht

immer neue Kategorien zu schaffen. Heute ist Luzern «Regenbogenstadt», morgen folgt das nächste Label. Wo soll das enden? Soll künftig jede gesellschaftliche Bewegung eine eigene Auszeichnung, ein eigenes Netzwerk und eine eigene politische Bühne erhalten? Auch wenn der Beitritt auf den ersten Blick nur wenig kostet, bleiben solche Projekte selten ohne Folgen. Aus Mitgliedschaften entstehen Arbeitsgruppen, Kampagnen, Veranstaltungen und zusätzlicher Verwaltungsaufwand. Bezahlen müssen dies am Ende die Steuerzahler. Die SVP Stadt Luzern setzt andere Prioritäten. Wir wollen eine sichere Stadt, gesunde Finanzen, genügend Wohnraum und eine Verwaltung, die Probleme löst, anstatt immer neue Symbole zu schaffen. Die Menschen wollen keine Regenbogenstadt. Sie wollen eine Stadt, die funktioniert. Luzern braucht keine neuen Etiketten. Luzern braucht eine Politik mit gesundem Menschenverstand.

Marko Hotz, Wahlkreispräsident Stadt Luzern ●



Marko Hotz, Wahlkreispräsident Stadt Luzern

Sempachertag 2026

Freitag, 11. September 2026

Interessante Kurzreferate:



Lukas Reimann,
Nationalrat SG



Vroni Thalmann-Bieri,
Nationalrätin LU



Dr. rer. oec. Armin
Hartmann, Regierungs-
ratspräsident LU



Martin Wicki,
Kantonalpräsident SVP LU

Wirtschaft zur Schlacht, 6204 Sempach
18.00 Uhr Apéro; 18.45 Uhr Türöffnung



TERMINE

22. August 2026

Eidg. Delegiertenversammlung, Baar ZG

23. August 2026

Bure Z'Morge in Hasle, First

27. August 2026

Kant. Delegiertenversammlung, Rest. Ochsen, Grosswangen

08. September 2026

Fraktionsausflug SVP Kanton Luzern

11. September 2026

Sempachertag, Sempach

12. September 2026

Walbruder-Fest, Hohenrain

IMPRESSUM

Das «SVPkonkret» erscheint monatlich und kann unter www.svp-lu.ch gelesen und heruntergeladen werden. Zudem soll auch den Ortsparteien eine Plattform für ihre politische Arbeit geboten werden. Bei Interesse kontaktieren Sie das Sekretariat der SVP Kanton Luzern: sekretariat@svplu.ch

Konzept:

SVP Kanton Luzern, Redaktion und Layout: Roland Staub

Redaktionsverantwortung:

SVP Kanton Luzern, sekretariat@svplu.ch